

# Das Jahr der Wende

Autor(en): **Oehler, Hans**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **13 (1933-1934)**

Heft 9

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-157719>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Das Jahr der Wende.

Von Hans Oehler.

Mit dem zu Ende gehenden Jahr geht ein Abschnitt Geschichte zu Ende und nimmt ein neuer seinen Anfang.

\* \* \*

Das gilt einmal für die Weltpolitik. Durch den Rückzug Japans von Genf, durch die Ergebnislosigkeit der Londoner Weltwirtschaftskonferenz, durch das Scheitern der Abrüstungsverhandlungen ist eine Entwicklung zum Abschluß gelangt, die schon vor dem Weltkrieg in ihren Anfängen vorhanden war und seit dessen Ende sich immer deutlicher abzeichnete. An Stelle einer bisher durch eine einzige Weltmacht im Zusammenwirken mit andern Mächten mehr oder weniger einheitlich geführten Weltpolitik und Weltwirtschaft ist die Aufteilung der Erdoberfläche und der sie bewohnenden Völker in eine Mehrzahl von machtpolitisch und volkswirtschaftlich weitgehend selbständigen Großräumen getreten.

Die Siegergroßmächte des Weltkrieges hatten zwar versucht, durch ihre Friedensordnung und insbesondere durch deren Krönung in einer „Gesellschaft der Nationen“, den sog. Völkerbund, ein neues weltgültiges Ordnungssystem aufzurichten. Ihr Werk war aber von Anfang an Stückwerk. Die Vereinigten Staaten von Amerika machten, allem Liebeswerben seitens Frankreichs und Englands zum Trotz, dabei nicht mit. Rußland, das durch seine Umgestaltung aus dem zaristischen Zentralstaat in einen föderativen Staatenbund zu einem eigentlichen Reich geworden war, blieb fern. Daß die Einordnung Japans in diese neue „Weltordnung“ immer nur eine scheinbare war, hat sein kürzlicher Rücktritt von Genf gezeigt, der in dem Augenblick erfolgte, wo die Genfer Ordnung den Anspruch erhob, auch für seinen Machtkreis Geltung zu haben. Der vierte Welt-Machtkreis, das britische Imperium, anerkennt zwar die Genfer „Weltordnung“. Der Zusammenhang wird aber lediglich durch das „Mutterland“, durch England hergestellt, das mit der „Ligue of Nations“ die Zwecke seines Weltreiches fördern (Mandate, Irak usw.) und gleichzeitig sich selbst sichern will durch Erhaltung eines Kräftegleichgewichts auf dem europäischen Festland, bei dem sich die europäisch-festländischen Mächte und Machtgruppen gegenseitig

in Schach halten. Für den heute auch föderalistisch gegliederten britischen Machtraum kann Genf keine verbindlichen Beschlüsse fassen. Die Geltung des Ordnungsprinzipes von Versailles-Genf beschränkt sich daher in Tat und Wahrheit auf den europäisch-festländischen Machtkreis.

Durch Heranziehung von Nicht-Völkerbundsmitgliedern hat man im Laufe der letzten Jahre allerdings immer wieder versucht, trotzdem die Grundgedanken des eigenen Ordnungssystems in der ganzen Welt zum Durchbruch zu bringen. Nicht weniger als 58 internationale Konferenzen sind in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten veranstaltet worden. Alle mit dem gleichen Ergebnis, wie jetzt zuletzt bei der Weltwirtschafts- und der Weltabrüstungskonferenz. Die Gliederung der Welt ist eben eine andere geworden. Es gibt keine Weltpolitik und keine Weltwirtschaft im bisher gebräuchlichen Sinne mehr. Es gibt nur noch eine amerikanische, asiatische, russische, britische, europäische Politik und Wirtschaft, eine Politik von Weltmachtkreisen und eine Wirtschaft von wirtschaftlichen Weltgroßräumen. Das russische Reich verkehrt politisch und wirtschaftlich nur als solches mit außer-russischen Macht- und Wirtschaftskreisen. Das britische Weltreich zieht sich nach der Reichskonferenz von Ottawa mehr und mehr auf sich selbst zurück. Japan unterwirft Stück um Stück des asiatischen Erdteiles seiner politischen und wirtschaftlichen Führung, um eines Tages Asien als Ganzes den außerasiatischen Macht- und Wirtschaftsräumen entgegenzustellen. Amerika macht jetzt, ernüchtert durch den beiseitegehenden Zusammenbruch seiner Wirtschaft, unter seinem neuen Präsidenten Roosevelt die große Konzentration nach innen durch.

So kann der europäische Mensch heute nicht mehr, wenn es ihm zu Hause zu enge wird, in die „weite“ Welt hinaus wandern. Die Welt ist endlich geworden. Sie ist aufgeteilt und jeder ihrer Teile in festem Besitz. Von Europa aus und unter den Gesichtspunkten, die das politische und wirtschaftliche Handeln eines Großteils der europäischen Völker in den vergangenen 150 Jahren bestimmten, kann die Welt nicht mehr geordnet und geführt werden. Die Welt ist endgültig ent-europäisiert, das Zeitalter der unter europäischer Führung stattfindenden „Welt“-Konferenzen ein für alle Mal vorbei. Ein neues Ordnungsprinzip beginnt sich für die Welt herauszubilden. Daß es wirklich und wirksam werden kann, dafür ist Vorbedingung und Voraussetzung die Konzentration aller Völker und Großmacht-räume auf sich selbst. Denn nur wo Völker und Völkergruppen geschlossen und verantwortlich geführt nach außen auftreten können, besteht Verhandlungsfähigkeit und Fähigkeit zum Aufbau fruchtbaren wechselseitigen politischen und wirtschaftlichen Verkehrs. Mit wackelnden Köpfen und Zöpfen und dem schlechten Trost „Die Welt ist halt aus den Fugen“, haben die Teilnehmer der Duzende von internationalen Konferenzen in den letzten Jahren jeweils den Ort ihres erfolglosen Bemühens verlassen. Ja, die Welt, wie sie sich in den Vorstellungen des vergangenen liberalen Zeitalters darstellt, ist aus den Fugen. Aber gleichzeitig ist eine neue Welt im Aufbau. Die

Grundlagen und Erfordernisse dieses Aufbaues zu erkennen, ist Aufgabe und Pflicht vor allem auch der führenden Generation Europas. Denn unser europäischer Erdteil, im engeren Sinne, ist nicht nur der Hauptleidtragende dieser Entwicklung der Welt, er ist auch der den Erfordernissen dieser Entwicklung am wenigsten angepaßte.

\* \* \*

Was die Welt im Großen, macht die europäische Staatenwelt im Kleinen durch. Das Ordnungssystem von Versailles war nicht nur keine für die Welt taugliche Ordnung. Es versagte auch für Europa. Der europäische Festlandsraum ist unter seiner Herrschaft in den 15 Jahren seit Beendigung des Weltkrieges, anstatt innerlich zusammenzuwachsen, auseinandergebrochen. Es hat ein Volk ums andere politisch und wirtschaftlich an den Rand des Abgrunds gebracht. Darum bäumt ein Volk ums andere sich jetzt mit seiner letzten Selbsterhaltungskraft gegen seinen Untergang auf und vollzieht, wie die großen Reiche in der Welt draußen, die Konzentration auf sich selbst. Hier liegen Ursprung und Sinn des Nationalismus und nationalen Erneuerungswillens, der wie eine mächtige Grundwelle die europäischen Völker aufwühlt. Und bevor nicht der letzte Staat des europäischen Festlandes von dieser, alle Lebensgebiete umfassenden Umwandlung ergriffen worden ist, wird es zu keiner Befriedung unseres gequälten Erdteiles kommen.

Ein Schrei der Verzweiflung ist damals durch das verantwortungsbewußte Europa gegangen, als im Frühsommer des Jahres 1919 der Wortlaut der neuen Ordnung bekannt wurde, die fortan für unsern Erdteil Geltung haben sollte. Viele, zu innerst überzeugt, daß aus Unrecht nie Recht und aus Widersinn nie Sinn werden kann und daß Gottes Mühlen langsam mahlen, sind in ihrem Widerstand dagegen nie ermüdet. Andere haben sich damit als mit etwas Unabänderlichem abgefunden, andere in der Hoffnung, daß auch aus schlechten Anfängen mit gutem Willen Besseres zu machen sei. Diese Hoffnung war es vor allem auch, die Deutschland leitete, als es, nach langen Jahren des Ausschlusses, dem Völkerbund beitrug und damit einer bereits vor dem Zusammenbruch stehenden Ordnung noch einmal kurz zu neuem Scheinleben verhalf.

Man hat die mit dem damaligen Schritt Deutschlands eingeleitete Politik „Verständigungspolitik“ und „Politik des guten Willens“ genannt. Sie sollte Europa den heißersehnten Frieden, die nötige innere Ruhe und äußere Geschlossenheit bringen. Es wurden ihr alle erdenklichen Lobpreisungen der Verantwortungslosen zu teil. Und alle Hoffnungen der Leichtgläubigen knüpften sich an sie. Einige Jahre scheinbarer Besserung folgten. Dann aber setzte der Zerfall erneut und diesmal unaufhaltsam ein. Das Leben hat eben seine eigenen Gesetze. Menschen v e r s t a n d läßt sich täuschen und irreführen. Menschen n a t u r ist unabänderlich. Wer dagegen verstößt, büßt es mit Siechtum oder Tod.

Guter Wille und alle Verständigungsbereitschaft führen zu nichts, wenn die Grundlage, auf der die „Verständigung“ erfolgen soll, verfehlt ist. Wir erleben das mit eindringlichster Deutlichkeit heute im innerstaatlichen Leben. Die gegensätzlichsten Parteien scheinen zur Zusammenarbeit bereit und guten Willens. Sobald es aber an die Bewältigung entscheidender, für Volk und Staat lebenswichtiger Fragen geht, hört jede Zusammenarbeit auf. Dann denkt jede Partei nur wieder an sich. Ja sie kann gar nicht anders als nur an sich denken. Denn die bestehende Ordnung bietet ihr keine Gewähr, daß das Opfer, das sie und der hinter ihr stehende Berufs- oder Konfessionsstand bringt, wirklich dem Ganzen und damit rückwirkend wieder ihrem Volksteil zugute kommt, oder ob es nicht nur dazu benützt wird, die Macht- und Herrschaftsstellung eines anderen Standes zu mehren, der seine verstärkte Stellung dann sofort zur weiteren Schwächung der anderen Parteien und Stände ausnützt. Weiß der Arbeiter, der Bauer, der Gewerbetreibende, der Anderskonfessionelle, der Angehörige einer Sprachminderheit, ob sein Zugeständnis, das er unter der Herrschaft der liberalen Ordnung macht, nicht lediglich zur wirtschaftlichen und politischen Machtmehrung des liberalen Staatsträgers führt? Im liberalen Vielparteienstaat hat eben jede Partei die Möglichkeit, wenn sie stark genug ist: einzeln, oder sonst in Verbindung mit andern Parteien jedes Zugeständnis einer dritten Partei in einen ausschließlichen Gewinn für die eigene Sache umzuwandeln. Es fehlt im Parteienstaat der Treuhänder der Gesamtheit und damit jedes einzelnen Gliedes der Gesamtheit. Und darum traut kein Berufs-, Konfessions- oder Sprachstand, mit einem Wort, kein Parteigebilde dem andern. Alle Zusammenarbeit zwischen ihnen ist im Grunde ein unaufrichtiges, heuchlerisches Spiel, bei dem Alle Volk und Gemeinschaft im Munde führen und jeder nur an sich denkt

Nicht anders im zwischenstaatlichen Geschehn der vergangenen anderthalb Jahrzehnte. Völkerbundspolitik, Verständigungspolitik, Politik des guten Willens, alles das lief schließlich nur darauf hinaus, unter Begleitung wohlklingender Worte andere Völker übers Ohr zu hauen. Juristisch haben alle Mitglieder des Völkerbundes gleiches Recht, der halb-zivilisierte Negerstaat aus dem dunklen Afrika und der Staat des europäischen Höchstkulturgebietes. Aber im Lebensrecht ist zwischen den Nationen durch die Macht- und Herrschaftsordnung von Versailles eine künstliche Ungleichheit geschaffen worden. Wie im Innerstaatlichen die liberale Ordnung auf den Machtbesitz und das Gedeihen eines einzelnen Standes zugeschnitten ist, so für das Zwischenstaatliche die Versailler Ordnung auf Macht und Herrschaft einer einzelnen Völkergruppe. Der Arbeiter, der Bauer, der Gewerbetreibende, der Angehörige des andern Konfessionsstandes: sie alle leisten ihren vollen Beitrag zum Gesamtleben von Nation und Gemeinschaft. Aber den Gewinn davon haben die Träger und Inhaber des Kapitals, während Arbeiter, Bauer und Gewerbetreibender um Eigenwert, Eigengeltung und Daseinsmöglichkeit kommt und froh sein

muß, wenn er noch als Geduldeter am Leben der Nation teilnehmen darf. Das Ordnungssystem von Versailles dient der Erhaltung und Förderung des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Besitzstandes der Haupt-siegermächte des Weltkrieges. Was die übrigen Völker unter dieser Ordnung zum Gesamtleben der Gemeinschaft der Nationen beitragen, verleiht ihnen nicht Eigenwert und =Geltung und keine Gewähr, ihr Dasein als Volk und Nation fristen zu können. Es ist im Grunde nur dazu bestimmt, Besitz und Machtstellung der bevorzugten Völkergruppen zu mehren und diese damit noch besser in Stand zu setzen, die andern Völker in ihrer Dienstbarkeit zu halten.

Darum war die Friedensordnung von Versailles keine Beendigung des Weltkrieges, sondern seine Fortsetzung mit andern Mitteln. Darum hat die Welt und im besonderen Europa unter dieser Ordnung nicht nur keinen Frieden finden können, sondern steht die Welt und Europa dem Krieg mit Waffen wieder fast so nah wie im Jahre 1914. Darum erleben die Völker, eins um das andere, diesen wirtschaftlichen Zusammenbruch, der sie an den Rand des Abgrundes führt, und manches Volk nicht weiß, wie es sich vor dem Sturz in den Abgrund bewahren kann. Im innern Leben der Völker bedeutet die liberale Ordnung Verewigung des Kampfes der Klassen und Parteien gegeneinander bis zum schließlichen Zerfall und Untergang von Staat und Gemeinschaft. Im Leben der Nationen untereinander hat die der gleichen Grundschau entsprungene Ordnung von Versailles und des Völkerbundes der Verewigung des, unter der heuchlerischen Maske der Humanität und Völkerverbrüderung geführten Kampfes Aller gegen Alle und die Verhinderung der unumgänglichen Zusammenarbeit aller aufbauend=schöpferischen und einsatzbereiten Kräfte unserer europäischen Kulturwelt zur Folge. Aus diesem tiefinnersten Erkennen und Erleben unserer europäischen Not heraus hat nationalste französische Jugend das unerhört kühne, aber ebenso unerhört wahre Wort an den Kanzler des neuen Deutschen Reiches geschrieben: „Ihr Bruch mit dem Völkerbund stellt die einzig wirkliche Friedenstat dar, die seit dem Kriege geschah“ (vergl. den Aufsatz von Alfons Büß „Frankreich und das deutsche Angebot“ in diesem Heft).

\* \* \*

Die offizielle Welt der Schweiz hat vor 15 Jahren in einem Anfall von Angst und Schwäche dem von außen auf sie ausgeübten Druck nachgegeben und den nachträglichen Anschluß der Schweiz an die eine Mächtegruppe des Weltkrieges und die von ihr mit dem Anspruch auf Weltgültigkeit geschaffene „Gesellschaft der Nationen“ beschlossen. Durch die Wahl Genfs zum Sitz dieser „Gesellschaft der Nationen“ fühlte man sich äußerst geschmeichelt. Der Bundesrat schrieb in seiner Beitrittsbotschaft von einem „Brennpunkt weltweiter Interessen“, der da geschaffen werde und wodurch unser Staat „die Impulse und Kräfte“ (?) erhalte, „um

über seine individuelle, nationale Aufgabe hinaus in eine höhere internationale hineinzuwachsen". Der Phrasen entkleidet, hat dieses Hinauswachsen aus unserm nationalen Dasein und Hineinwachsen in eine „höhere internationale Aufgabe“ zur Folge gehabt, erstens, daß die Schweiz sich heute außenpolitisch in einer in verschiedener Hinsicht sehr gefährlichen Lage befindet; und zweitens, daß ihr für ihren unumgänglichen innerstaatlichen Umbau anderthalb Jahrzehnte wertvollste Zeit verloren gegangen sind.

Die außenpolitische Gefährdung ergibt sich einmal aus der Vernachlässigung unserer Wehrhaftigkeit im allgemeinsten Sinne des Wortes. Als Mitglied des Völkerbundes, dessen Ziel die Erhaltung des Friedens war, mußten wir unser Teil Opfer bringen für die Verwirklichung dieser „höheren, internationalen Aufgabe“. Das Opfer bestand darin, daß wir den nationalen Selbsterhaltungs- und Selbstverteidigungswillen unseres Volkes nicht nur nicht wach hielten, sondern bewußt schwächten, indem wir unserm Volk die Erhaltung des nationalen Daseins als die niederere und das Aufgehen in der „internationalen Aufgabe“ als die höhere Aufgabe hinstellten. Wobei dieses „Opfer“ nur von den besiegten oder sonst beim Zustandekommen der Versailler- und Völkerbunds-Ordnung nicht mitwirkenden Völkern zu bringen war, während die Siegermächte und Urheber dieser Ordnung nicht im entferntesten an ein Aufgeben ihrer inneren nationalen Geschlossenheit dachten. Man wird unwillkürlich an frühere Geschichtsabschnitte erinnert. Wie urteilte doch der damalige schweizerische Gesandte in Paris, Stapfer, über die von Napoleon im Jahre 1802 der Schweiz aufgezwungene Verfassung: „Die Absicht des ersten Konsuls ist unbestreitbar, die Schweiz politisch auszuutilgen, aber den Schweizern das größtmögliche Wohlergehen zu verschaffen“. Napoleon hat diese Absicht in seinen Worten vor den schweizerischen Abgesandten, vor der sog. Consulta, im gleichen Jahr offen ausgesprochen: „Behaltet eure Ruhe, eure Gesetze, eure Sitten, eure Industrie... Seid unabhängig in euren Angelegenheiten, in den unsern könnt ihr es nicht sein... In allem, was Frankreich angeht, muß die Schweiz französisch sein, wie alle an Frankreich angrenzenden Länder“. Die nationale Unterhöhlung, oder wie Stapfer schrieb: „politische Autilgung“, aller nicht zu den Siegermächten des Weltkrieges zählenden Völker liegt in der letzten Absicht des Völkerbundes und seiner Ideologie. Unter der Einwirkung dieser „defensiven Ideologie für offensive Zwecke“ hat unser nationaler Selbsterhaltungs- und Selbstverteidigungswille die schwersten Einbußen erlitten und ist unser Wehrwesen in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten in einer Art und Weise vernachlässigt worden, daß es fraglich erscheint, ob wir das Versäumte binnen nützlicher Frist noch nachholen können.

Die in den Worten von Napoleon ausgedrückte Forderung aber, daß die Schweiz in allem, was Frankreich angehe, französisch sein müsse, ist weitgehend erfüllt durch die mit dem Beitritt zum Völkerbund erfolgte

„Differenzierung“ unserer Neutralität. „Nicht nur darf kein Grund zur Besorgnis für den Teil unserer Grenze, den ihr deckt, vorhanden sein, sondern es muß uns auch alles die Gewißheit geben, daß wenn eure Neutralität verletzt würde, der gute Geist eurer Regierung wie das Interesse eurer Nation euch eher auf die Seite der Interessen Frankreichs als auf die seiner Gegner führen würden“. Das waren zwar nicht Worte, mit denen im Februar 1920 den nach London vor den Rat der alliierten und assoziierten Mächte zitierten schweizerischen Abgesandten die sog. Londoner Erklärung über die schweizerische Neutralität ausgehändigt wurde. Sie stammen auch aus dem Jahre 1802; aus dem Begleitschreiben Napoleons zur Mediationsverfassung. Aber sie kennzeichnen genau den Zustand unserer Neutralität, wie er auf Grund unserer Völkerbundszugehörigkeit heute besteht. Während es in den hundert Jahren vom Wienerkongreß bis zum Ende des Weltkrieges den Wesenskern unserer Neutralität ausmachte, daß Jedermann, der sie verletzte, mit unbedingter Sicherheit wußte, daß er sich damit die Schweiz zum Feind und gleichzeitigen Verbündeten seines Gegners machte, und gerade diese unbedingt sichere Aussicht ihn von einer Verletzung unserer Neutralität abhielt, bedeutet eine zugunsten der im Völkerbund entscheidenden Mächtegruppe „differenzierte“ Neutralität eben, daß im entscheidenden Augenblick diese einseitige Festlegung und Verstrickung uns auf die Seite dieser Mächtegruppe führen wird oder zu führen Anlaß gibt. Damit fällt der einzigartige Schutz, den uns unsere Neutralität, nicht zuletzt in den vier Jahren Weltkrieg geboten hat, aber dahin. Es tritt das ein, was in dem berühmten militärischen Gutachten von 1919, das an erster Stelle die Unterschrift des verstorbenen Generalstabschefs von Sprecher trug und über dessen Warnungen unsere politischen Behörden bedenkenlos hinweggingen, vorausgesagt wurde: „Eine unvollständige, zugunsten des Völkerbundes gefärbte, sogenannte differentielle Neutralität wird von keinem Staat geachtet, der ein Interesse an der Verletzung unseres Gebietes hat... Die ganze Argumentation (zugunsten des Beitritts) fußt auf der Annahme, daß es auf Erden immer so bleibe, wie die Sieger es jetzt eingerichtet haben... Ein Angriffskrieg oder ein bewaffneter Widerstand seitens eines Mitgliedes oder Nichtmitgliedes des Völkerbundes tritt aber wieder in den Bereich der Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit, sobald übereinstimmende Interessen verschiedener Staaten diese, im Gegensatz zu den heutigen Säulen des Völkerbundes zusammenführen. Dann beginnt das Spiel der Kräfte von neuem, und wir stehen als kleiner, aber dann nicht mehr als neutral anerkannter Staat inmitten der Großmächte, die nun wieder aufeinanderplätzen und uns unfehlbar in den Strudel der Ereignisse hineinziehen“.

Unsere Neutralität erfreut sich zwar in jüngerer Zeit, nachdem die Entwicklung genau den Verlauf genommen hat, wie das genannte militärische Gutachten sie vorausjah, bei unsern Offiziellen wieder einer etwas



größeren Wertschätzung. Aber mit Worten allein stellt man nicht ein bedenkenlos verspieltes Vertrauen wieder her. Wir müssen auch mit der Tat beweisen, daß es uns ernst ist, unsere Neutralität bei jeder künftigen europäischen Verwicklung nicht „differentiell“ zugunsten irgend einer Macht oder Machtgruppe zu handhaben, sondern wieder so, wie wir sie im Weltkrieg und allen europäischen Auseinandersetzungen des vorangehenden Jahrhunderts gehandhabt haben. Diese Tat aber besteht in der Lösung der einseitigen Bindungen, die wir mit dem Beitritt zum Völkerbund eingegangen sind und in der Rückgewinnung unserer uneingeschränkten außenpolitischen Handlungs- und Selbstbestimmungsfähigkeit.

Dieser „Rückzug von Genf“ soll alles eher bedeuten als einen Verzicht auf unsere Mitgestaltung am künftigen Schicksal Europas. Aber auf der Grundlage von Genf ist jeder Einsatz für die größere Gemeinschaft nicht nur nutzlos. Er ist auch verderblich für uns und die Gemeinschaft der europäischen Nationen. Politik kann eben nicht daran gemessen werden, ob sie sich des Krieges als letzten Mittels bedient. Politik muß an sich gut sein. Umso bessere Politik in Europa gemacht wird, umso weniger Kriege wird es zwischen den europäischen Völkern geben. Versailles und Völkerbund haben, aus dem Interesse einer einzelnen Machtgruppe an der Erhaltung ihres Besitzstandes heraus, auf die Verhinderung eines neuen Krieges abgestellt. Weil aber ihre Politik eine sehr schlechte, eine nur auf das Wohl eines Teiles der europäischen Völkergemeinschaft bedachte war, stehen wir heute, allen Paragraphen des Völkerbundes zum Trotz, wieder so nah vor einem neuen Krieg wie jemals zuvor. Der dem Völkerbund zugrunde liegende Wertmaßstab der Politik ist ein Freibrief für schlechte Politik. Wer sich nur das Mäntelchen der Friedfertigkeit umzuhängen versteht, dessen Politik gilt vor dem Völkerbund als gut, und wenn sie noch so selbstüchtig und jeder Verantwortung gegenüber der europäischen Völkergemeinschaft bar ist.

Das faschistische Italien hat in seinen jüngsten „Reform“-Vorschlägen für den Völkerbund die Grundlinien aufgezeigt, die für die künftige Politik Europas bestimmend sein müssen. Es sind das einmal die Verwerfung des statischen Gesichtspunktes, nach welchem Aufgabe und Ziel der zwischenstaatlichen Politik sich allein in der Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung erschöpfte. Und zweitens die Forderung einer neuen Führungsordnung. Die in Versailles geschaffene Macht- und Besitzverteilung ist schlecht, widersinnig, ungerecht und führt nur zur Verewigung dieses Halbkriegszustandes, in dem Europa seit fünfzehn Jahren lebt. Die Ordnung von Versailles und Genf verhindert aber auch eine offene und verantwortliche Führung der zwischenstaatlichen Politik. Die angebliche Gleichheit der mittleren und kleinen Nationen hat nur dazu gedient, die tatsächliche Vorherrschaft einer Großmacht oder Großmachtsgruppe zu verschleiern. Manche Kleinstaaten, worunter die Schweiz, haben

sich zwar krampfhaft vorgeredet, daß sie durch ihre Anwesenheit in Genf einen maßgeblichen Einfluß auf den Gang der Geschichte auszuüben vermöchten. In Tat und Wahrheit waren sie Statisten, die man wegen ihrer völligen Ungefährlichkeit ruhig duldete und deren Mitwirkung im Endergebnis immer in die gleiche Linie auslief, wie diejenige des unmittelbar Frankreich verbündeten Kreises von Mittel- und Kleinstaaten: der verderblichen Politik der Vormacht zu einer Mehrheit von Stimmen und damit zum Ansehen einer weltgültigen Politik zu verhelfen.

Nachdem Japan sich von Genf zurückgezogen hat und dadurch die Begrenztheit des Ordnungssystems des Völkerbundes gegenüber dem asiatischen Machtkreis offen zu Tage getreten ist und nachdem Deutschland sich auf sich selber besonnen und sich auch geistespolitisch von den Fesseln von Versailles befreit, und Italien unzweideutig seine „revisionistische“ Stellungnahme bezogen hat, die praktisch einem vollständigen Abbrechen von der macht- und geistespolitischen Ordnung des Völkerbundes gleichkommt, hat Genf jede über die Angelegenheiten der französischen Politik und des sie tragenden Bündnisystems hinausgehende Bedeutung verloren. Daß mit dieser Entwicklung in eingeweihten Kreisen schon lange gerechnet wurde, zeigt der schon vor einem Jahr angekündigte und auf den 1. Juli 1933 erfolgte Rücktritt des englischen Generalsekretärs des Völkerbundes und seine Ersetzung durch einen französischen. Genf ist nun nicht nur keine Drehzscheibe der Weltpolitik, es ist auch keine der europäischen Politik mehr. Vielleicht wird dort noch weiterhin viel geredet werden. Aber zuhören wird niemand mehr. Die Geschichte ist über den Fall Genf zur Tagesordnung geschritten. Und die Schweiz kann sich darauf besinnen, wie wenig Ehre sie eingelegt hat, einem von Anfang an todgeweihten System, aus dem der Welt und Europa so viel Unheil erwachsen ist, als „Sitz“ gedient und eines ihrer besten und ruhmreich in der Geschichte eingetragenen Gliedes für alle Zeit mit dem Namen dieses Systems verknüpft zu haben. Auf jeden Fall hat die Schweiz bei dem, was allfällig heute noch in Genf übrig bleibt — ein Mittelpunkt des französischen Bündnisystems — nichts mehr zu suchen.

\* \* \*

Für die Schweiz am unmittelbarsten in die Erscheinung getreten ist die Wende, die das vergangene Jahr im Ablauf der Geschichte bedeutet, in ihrer innerstaatlichen Lage. Nicht zufällig gilt die Meinung, Politik erschöpfe sich für den Schweizer in Innenpolitik. Wie untrennbar innere und äußere Politik aber verbunden sind, ja im Grunde die eine nur die andere Seite des gleichen Geschehens ist, haben die Ereignisse der vergangenen zwölf Monate gelehrt. „Frankreich kann nicht dulden, daß sich bei euch ein System, das seine Feinde begünstigen könnte, festsetze... Nichts darf bei euch gegen Frankreich feindselig, alles muß mit ihm in Harmonie sein... Eure vornehmste

Pflicht muß sein, auf eurem Boden nichts zu gestatten, nichts geschehen zu lassen, was direkt oder indirekt den Interessen, der Ehre und der Sache der französischen Republik überhaupt zum Nachteil gereichen könnte... Die erste, wesentlichste Pflicht der französischen Regierung wird stets die sein, daß kein feindseliges System unter euch aufkomme". Diese brutal offene Sprache eines Napoleon (Brief an die Consulta) deckt die Zusammenhänge auf, die, nicht etwa nur zwischen der Politik Frankreichs und der innerstaatlichen Ordnung der Schweiz, sondern zwischen der Innen- und Außenpolitik aller in mehr oder weniger enger Verbindung stehenden Völker vorhanden sind. Das Frankreich der Revolution von 1789 hat einen Großteil seiner außenpolitischen Eroberungen auf dem Umweg über die innere Eroberung der betreffenden Länder gemacht oder wenigstens vorbereitet. Und umgekehrt begann die Erschütterung seiner europäischen Vormachtstellung in dem Augenblick, als die seiner Herrschaft unterstehenden Völker ihr dem französischen nachgebildetes inneres „System“ über Bord warfen. Ein äußerer Freiheitskampf ohne gleichzeitigen inneren Freiheitskampf wird nie zum Ziel führen, so wenig ein innerer Freiheitskampf dauerhaften Erfolg haben kann ohne äußere Freiheit.

Wie weitgehend auch die heutige Herrschaftsstellung Frankreichs durch die innerpolitische Gleichschaltung seiner Verbündeten unterbaut ist, zeigt ein Blick auf die Verfassungen der durch die Friedensverträge von 1919 im Osten und Südosten Europas neu geschaffenen Staaten, die durchwegs dem parlamentarisch-liberalen System Frankreichs nachgebildet sind. Noch fast wichtiger aber war die innerpolitische Gleichschaltung auch der besiegten Staaten. Das Weimarer „System“ stellte den stärksten Stützpunkt der französischen Politik in Deutschland dar, auch wenn seine einzelnen Träger noch so guten Glaubens sein mochten, eine nur deutsche Politik zu verfolgen. Der Weg nach Genf, und das heißt praktisch die endgültige Unterwerfung Deutschlands unter das zwischenstaatliche Ordnungssystem der Siegermächte und damit der Versailler Machtordnung, war daher nur das folgerichtige außenpolitische Zuendegehen des innenpolitisch mit der Weimarer Ordnung eingeschlagenen Weges. Ist dem so, dann springt aber auch die Zwangsläufigkeit des deutschen Rückzuges von Genf in dem Augenblick in die Augen, in dem Deutschland seine innere Handlungsfreiheit wiedergefunden hatte. Voraussetzung der äußeren Befreiung vom Versailler Machtssystem war die Befreiung von der inneren Gleichschaltung mit ihm.

Man wird die innerpolitische Lage der Schweiz von heute und unsere ganze innere Entwicklung, bezw. Nichtentwicklung der vergangenen 15 Jahre nie in ihren letzten Ursachen verstehen, wenn man sie nicht in diese größeren, allgemein-europäischen Zusammenhänge hineinstellt. Zu was unsere innere staatliche Entwicklung heute ansteht, dazu hätte sie vor genau 15 Jahren ansetzen sollen. Es fehlte auch damals nicht an Anfängen dazu. Aber im Ganzen gesehen verharrte die Schweiz volle 15 Jahre in gänzlichem Stillstand. In dem Augenblick, in dem die Herrschaftsstellung des

bisherigen Staatsträgers zerfiel — und das war Ende 1919, wo der Freisinn in den Proporzahlen zum Nationalrat seine absolute Mehrheitsstellung verlor —, hätte mit der Regeneration, d. h. der Schaffung eines neuen Staatsträgers begonnen werden müssen. Statt dessen bildete sich unser, seit 1848 auf der Alleinherrschaft einer Partei beruhende Staat in einen Vielparteienstaat um, dem jede Voraussetzung zur Lösung der vier großen innerstaatlichen Aufgabekreise, vor die uns die Gegenwart stellt, fehlte, die Voraussetzung: 1. für die Rückgewinnung der unter der Herrschaft des Kapitalismus in eine antinationale Einstellung abgedrängten Arbeiterschaft; 2. für die Wiedereinsetzung des Bauernstandes in die ihm zukommende Bedeutung in Staat und Wirtschaft, um die er im Zeitalter des Liberalismus gekommen war; 3. für die Überbrückung der unter der Herrschaft des religionsfeindlichen oder mindestens selbst religionslosen Liberalismus wieder aufgebrochenen konfessionellen Gegensätzlichkeit; und 4. für die Errichtung einer Ordnung, die das Abgleiten der sprachlich-kulturellen Minderheiten in eine dem Gesamtstaat gegenüber verneinende Haltung verhindert. Weil wir uns aber unter dem Schutze der europäischen Ordnung, der wir uns 1918/20 angeschlossen hatten, verhältnismäßig wohl befanden, „drückten“ uns diese Fragen nicht in einer Weise, daß wir an ihre unmittelbare Lösung hätten herangehen müssen. Die vorhandene parlamentarische und parteipolitische Routine genügte, da und dort auftretende „Unstimmigkeiten“ zu beheben und als Schlußergebnis immer wieder die optimistische Gesamtmeinung zu erzeugen: „Es geht immer besser und besser“. Daher auch die erschreckende politische Kurzsichtigkeit und überhebliche Selbstgerechtigkeit, mit der man die internationalen Geschehnisse in all den vergangenen Jahren bei uns verfolgte. Man sah in den Völkern, die unter der Ordnung von 1919 litten und nie zur Ruhe kommen konnten, und nicht in dieser Ordnung selbst, den Störenfried des eigenen Wohlergehens und hatte für die Leiden und Kämpfe dieser Völker nur ein herablassendes: „Ihr macht es falsch, ihr seid selbst schuld, wenn es Euch nicht besser geht; nehmt Euch ein Beispiel an uns“. Unterdessen hat sich das Blatt der Geschichte gewendet. Und die Zeit ist da, wo wir nicht mehr von oben, wie aus der Theaterloge, als herablassend Beifall klatschende oder Mißfallen bekundende Zuschauer den Vorgängen auf der Bühne des politischen Geschehens folgen können, sondern als höchst Mitbeteiligte in diesem Geschehn herumgewirbelt werden und der zuschauenden Welt dabei unter Umständen keineswegs ein nur erbauliches Schauspiel bieten.

An sich könnte man meinen, die Regeneration eines kleinen Volkes und Staates vollziehe sich leichter als diejenige von Großstaaten und Großvölkern. Unter bestimmten Voraussetzungen mag das zutreffen. — Die heutigen Voraussetzungen sind aber so, daß die innere Umgestaltung eines europäischen Kleinstaates mit unendlich mehr Schwierigkeiten verbunden ist als diejenige eines Großstaates. Das rührt einmal daher, daß die

Änderung der inneren Gliederung und Machtverteilung unvermeidlicherweise mit einer Änderung in der außenpolitischen Haltung und Stellungnahme verbunden ist, und also diejenige Macht oder Machtgruppe, zu deren Einflußsphäre der betreffende Kleinstaat bisher gehörte, alles daran setzen wird, innere Änderungen bei ihm zu verhindern, weil diese auch sein Abgleiten in eine andere außenpolitische Einflußsphäre zur Folge haben müßten. Wie hat doch Napoleon sich ausgedrückt: „Frankreich kann nicht dulden, daß sich bei Euch ein System, das seine Feinde begünstigen könnte, festsetze. . . Die erste, wesentlichste Pflicht der französischen Regierung wird stets die sein, darüber zu wachen, daß kein feindseliges System unter Euch aufkomme“. So läßt sich nicht leugnen, daß auch hinter der Abwehrfront gegen die „Fronten-Bewegung“ außenpolitischer Abwehrwille steht. „Die Verfassung und die demokratischen Einrichtungen der Schweiz sind zweifellos (durch die Frontenbewegung) ernsthaft bedroht. Diese Bewegung ist also eine Gefahr für Europa!“ Diese ideologische Prägung der Fronten-Abwehrfront hat durch einen Ausländer (den unterdessen aus der Schweiz ausgewiesenen Genfer Berichterstatter des „Manchester Guardian“; vergl. Mainummer 1933 der „Schweizer Monatshefte“) und in einem Augenblick stattgefunden, wo unsere eigenen schweizerischen Parteien erst anfangen, sich den Schlaf, aus dem sie die Frontenbewegung aufgeschreckt hatte, aus den Augen zu reiben. Das eindringlichste Beispiel eines Kleinstaates, dem wegen seiner äußeren Unselbständigkeit und Abhängigkeit jede innere Selbstbestimmung benommen ist und in dessen Innenpolitik sich die Einflüsse ausländischer Machtbestrebungen überschneiden, bietet heute Österreich mit seinen endlosen inneren Wirren.

Der andere Grund für die großen Schwierigkeiten, denen die aus eigener Kraft erfolgende innere Umgestaltung eines Kleinstaates begegnet, liegt im Ausgangspunkt dieser Umgestaltung, in deren treibender Kraft. Mussolini hat den Marsch auf Rom angetreten und sich an die Macht des Staates gesetzt, um den inneren und äußeren Niedergang der italienischen *N a t i o n* aufzuhalten. Er hat drei Jahre lang ohne Verfassungsänderung über das Land geherrscht. Die Ideologie des Faschismus und die Neugestaltung des Staates waren mehr Begleit- oder Folgeerscheinungen dieses ersten und ursprünglichsten Ansatzpunktes im Herzen und Willen eines nationalen Revolutionärs und genialen Staatsmannes. Aber auch Hitler ist nicht in den Weltkrieg gezogen, um den Staat, dessen Bürger er war, zu verteidigen, sondern um des Einsatzes für eine Geistesform willen, die ihm als politisch vom Reich getrennten Deutschösterreicher über alles ging. Dieses Grunderlebnis der Zugehörigkeit zu einem geistigen Reich hat auch den Ausgangspunkt für Hitlers vierzehnjährige Nachkriegstätigkeit gebildet, die mit dem siegreichen Durchbruch der nationalen und sozialen Revolution endigte. „Die Wiedererhebung der deutschen *N a t i o n*“ war sein Ziel. Weg dazu war ihm die „Wiedergewinnung unseres politischen Selbsthaltungswillens“, vor allem durch die „Nationalisierung der bewusst

antinationalen Masse“. Und das Mittel dazu bildete der „Sozialismus“. „Die nationale Erziehung der breiten Masse kann nur über den Umweg einer sozialen Hebung stattfinden“ (Mein Kampf, S. 366). Das Nationale — das geistige Grunderlebnis — also war Ausgangspunkt und letzter Zweck; das Soziale im Letzten nur Mittel dazu.

Wo finden wir Schweizer den Anknüpfungspunkt zu unserer geistigen und politischen Erneuerung? Zwingli und seine Reformation hatten ihren Ursprung in einer — sagen wir einmal: gesamtmitteleuropäischen — Erneuerungssehnsucht. Zwinglis Genialität war aber seine Fähigkeit, dem geistigen Grunderlebnis in den seinem Volk eigenen Formen Ausdruck zu geben und damit seine religiös-kirchliche Umwälzung zugleich zu einer staatlich-politischen Umwälzung zu machen. Daß Zwinglis Pläne politisch weit über die Grenzen der Schweiz hinausgingen, liegt in den damaligen Gegebenheiten. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts erlebte die Schweiz, in enger innerer Verbundenheit mit dem gesamten deutschen Sprachgebiet, eine geistige Erneuerungsbewegung, der indessen die Auswirkung ins Politisch-Staatliche versagt blieb, weil dieses, in ausländischer Abhängigkeit erstarrt, jede Selbständigkeit und eigene Zielsetzung verloren hatte. Die geistige Bewegung fand so keinen Zugang zum politischen Bereich, und der politische Bereich blieb ohne den Antrieb und die Befruchtung durch das geistige Erleben. Anders die liberale Regenerationsbewegung in Kantonen und Bund von 1830/48. Auch hier war das geistige Grunderlebnis durchaus eine Teilerscheinung eines größeren europäischen Erlebens. Aber die Umprägung ins Politische geschah aus eigener Kraft und auf eigene Art, unter anderem weil die Schweiz unter der europäischen Ordnung des Wiener Kongresses die Voraussetzungen zur Selbstbestimmung ihres politisch-staatlichen Daseins besaß.

Und heute? Wieder geht eine gewaltige geistige Bewegung durch die europäische Kulturwelt und rüttelt am Bau einer untergehenden Weltanschauung. Ihre Wellen haben längst auch in unser Land hinübergeschlagen und, von den einen unliebsam empfunden, von den andern begeistert aufgenommen, uns aus unserm geistigen Dahindämmern aufgerüttelt. Wie aber wird uns die Umsetzung dieses geistigen Erlebens in politisch-staatliche Formen gelingen, die unserer Eigenart und den Bedürfnissen unserer Verhältnisse entsprechen? Die Helvetische Revolution ist nicht nur gescheitert, weil sie uns auf fremden Bajonetten gebracht wurde. Ihr Schematismus und Zentralismus, der eine bloße Nachahmung des französischen Vorbildes und keine, aus der Anschauung unserer eigenen Verhältnissen geschöpfte Form war, hätte, auch wenn er ausschließlich von Bürgern unseres Landes verfochten worden wäre, den Gegnern der Neuerung so viel Angriffspunkte geboten, daß das Ergebnis genau das gleiche gewesen wäre, wie es tatsächlich war: daß das Land aus der Erneuerung nicht gestärkt und geschlossen, sondern geschwächt und zerrissener als es vorher war, hervorging.

Ein gütiges Schicksal gönnt uns heute, die Erfahrungen der nationalen Revolutionen in Italien und Deutschland für unsere eigene politisch-staatliche Erneuerung zu verwerten. Nutzen wir diese Gunst des Schicksals. Lassen wir das große Erleben, das den Geschehnissen der vergangenen Jahre in Italien und Deutschland zugrundeliegt, in vollem Ausmaß auf uns wirken. Bergegenwärtigen wir uns die Voraussetzungen, von denen die italienische und die deutsche Erneuerung ihren Ausgang genommen haben. Vergleichen wir sie mit unsern eigenen heutigen Verhältnissen, die den Ausgangspunkt für unsere schweizerische Erneuerungsbewegung bilden. Dann werden wir im Stande sein, dem Erleben, das uns erfüllt, in den Formen Ausdruck zu geben, die den Anforderungen unserer Verhältnisse und unserer angestammten Art entsprechen. Ein Jahr beseligenden Aufbruchs und fruchtbarster Gärung liegt hinter uns. Ein Jahr notwendiger Klärung und strenger Bewährung steht uns bevor. Ein Jahr der Wende auch hier!

## Frankreich und das deutsche Angebot.

Von Alfons Düß.

**G**eben wir an dieser Jahreswende, wo sich die Entscheidungen drängen, zwei Stichproben aus dem Gebiete der französischen Jugend: eine der Rechten, eine der Linken, um dem nun einmal feststehenden Sprachgebrauch zu folgen.

### I.

Es ist ein ebenso einzigartiges wie hochbedeutungsvolles Dokument, das leider bei den gegenwärtigen Presseverhältnissen nicht die Öffentlichkeit erlangt, die es verdient: Der Aufruf der französischen Jugend an das neue Deutschland, und zwar in der feierlichen Form eines „Offenen Briefes an das Deutsche Reiches Kanzler Adolf Hitler“. Verantwortlich zeichnen dafür die geistigen Führer eines großen Teiles der rechtsgerichteten französischen Jugend: Robert Aron, Claude Chevalier, Daniel Rops, René Dupuis, Jean Jardin und Denis de Rougemont. Er ist als Novembernummer erschienen der Zeitschrift „L'Ordre Nouveau“, die von dem Führerausschuß der gleichnamigen Gruppenbewegung herausgegeben wird, und deren Gründer der vor kurzem jung verstorbene Schriftsteller Arnaud Dandieu ist, mit dem leitenden Direktor Aron zusammen Verfasser aufsehenerregender politischer Bücher: „Niedergang der französischen Nation“, „Die notwendige Revolution“, „Diktatur der Freiheit“.